

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
(16. Ausschuss)**

**zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Bärbel Höhn, Thilo Hoppe, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/12298 –**

**zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin  
zum Europäischen Rat am 19./20. März 2009 in Brüssel und  
zum G-20-Gipfel am 2. April 2009 in London**

### **A. Problem**

Auf dem Europäischen Rat in Brüssel, der vom 19. bis 20. März 2009 in Brüssel stattgefunden hat, sind die Staats- und Regierungschefs zusammengekommen, um über die europäische Position zur UN-Klimakonferenz in Kopenhagen zu beraten.

Vor diesem Hintergrund fordern die Antragsteller die Bundesregierung u. a. auf, sich dafür einzusetzen,

- dass bei den internationalen Klimaschutzverhandlungen die Begrenzung der Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten Bestandteil internationaler Klimavereinbarungen wird,
- dass verbindliche und sanktionsbewehrte Emissionsreduktionsziele der Industriestaaten von gegenüber 1990 um mindestens 25 bis 40 Prozent bis 2020 und um mindestens 80 bis 95 Prozent bis 2050 festgelegt werden,
- dass innerhalb der EU eine Emissionsreduktion gegenüber 1990 von mindestens 30 Prozent und für die Schwellenländer durch zusätzliche Verpflichtungen eine Reduktion von ca. 10 Prozent vereinbart wird,
- dass die deutschen Erlöse aus der Versteigerung von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten im Rahmen des Europäischen Emissionshandels ausschließlich für Klimaschutzbemühungen eingesetzt werden,
- dass Maßnahmen nach dem Clean Development Mechanism gestärkt, in ihrer Wirksamkeit erhöht sowie nachhaltig und zusätzlich sind und
- dass im Folgeabkommen Mechanismen für verbesserte Forschung, Transfer, Einsatz und Verbreitung von erneuerbaren Energien, Energiespartetechnik und modernen Klimaschutztechnologien in Schwellen- und Entwicklungsländern vereinbart werden sowie dafür Sorge getragen wird, dass die Zusammenarbeit mit der Klimarahmenkonvention über die biologische Vielfalt verbessert wird.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Entschließungsantrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/12298 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2009

### **Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

**Petra Bierwirth**  
Vorsitzende

**Andreas Jung (Konstanz)**  
Berichterstatter

**Frank Schwabe**  
Berichterstatter

**Michael Kauch**  
Berichterstatter

**Eva Bulling-Schröter**  
Berichterstatterin

**Bärbel Höhn**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Andreas Jung (Konstanz), Frank Schwabe, Michael Kauch, Eva Bulling-Schröter und Bärbel Höhn

### I. Überweisung

Der Entschließungsantrag auf **Drucksache 16/12298** wurde in der 211. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. März 2009 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Auf dem Europäischen Rat in Brüssel, der vom 19. bis 20. März 2009 in Brüssel stattgefunden hat, sind die Staats- und Regierungschefs zusammengekommen, um über die europäische Position zur UN-Klimakonferenz in Kopenhagen zu beraten.

Vor diesem Hintergrund fordern die Antragsteller die Bundesregierung u. a. auf, sich dafür einzusetzen,

- dass bei den internationalen Klimaschutzverhandlungen die Begrenzung der Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten Bestandteil internationaler Klimavereinbarungen wird,
- dass verbindliche und sanktionsbewehrte Emissionsreduktionsziele der Industriestaaten von gegenüber 1990 um mindestens 25 bis 40 Prozent bis 2020 und um mindestens 80 bis 95 Prozent bis 2050 festgelegt werden,
- dass innerhalb der EU eine Emissionsreduktion gegenüber 1990 von mindestens 30 Prozent und für die Schwellenländer durch zusätzliche Verpflichtungen eine Reduktion von ca. 10 Prozent vereinbart wird,
- dass die deutschen Erlöse aus der Versteigerung von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten im Rahmen des Europäischen Emissionshandels ausschließlich für Klimaschutzbemühungen eingesetzt werden,
- dass Maßnahmen nach dem Clean Development Mechanism gestärkt, in ihrer Wirksamkeit erhöht sowie nachhaltige und zusätzlich sind und
- dass im Folgeabkommen Mechanismen für verbesserte Forschung, Transfer, Einsatz und Verbreitung von erneu-

erbaren Energien, Energiespartetechnik und modernen Klimaschutztechnologien in Schwellen- und Entwicklungsländern vereinbart werden sowie dafür Sorge zu tragen, dass die Zusammenarbeit mit der Klimarahmenkonvention über die biologische Vielfalt verbessert wird.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/12298 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/12298 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/12298 abzulehnen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/12298 in seiner 94. Sitzung am 1. Juli 2009 ohne Debatte beraten.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/12298 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2009

**Andreas Jung (Konstanz)**  
Berichtersteller

**Frank Schwabe**  
Berichtersteller

**Michael Kauch**  
Berichtersteller

**Eva Bulling-Schröter**  
Berichterstellerin

**Bärbel Höhn**  
Berichterstellerin